



## Niederschrift

### 3. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 20.11.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:35 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Matthias Lack	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
--------------------	-----------	---------------------

##### Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE
Herr Marcel Piest	SPD
Herr Claus Wartenberg	SPD
Herr Andreas Walter	Grüne/B90
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW

##### sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	CDU/ANW	
Herr Benjamin Karl	DIE LINKE	ab 18.55 Uhr
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Stefan Matz	DIE LINKE	
Herr Jan Wendt	DIE aNDERE	
Herr Holger Wolinski	SPD	
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18.05 Uhr

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Herr Axel Podßuweit	Seniorenbeirat	nicht teilgenommen

##### zusätzliches Mitglied

Herr Lutz Boede	DIE aNDERE	nicht teilgenommen
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	nicht teilgenommen

Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	entschuldigt (Vertretung Herr Andreas Gross als Gast)
----------------------	-----	---

### **stellv. Ausschussmitglieder**

Frau Dr. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-------------------------	---------------	--------------

### **sachkundige Einwohner**

Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	entschuldigt
--------------------	---------------	--------------

### **Beigeordnete**

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter Geschäftsbereich 4	entschuldigt
---------------------	-------------------------------------	--------------

### **Gäste:**

Herr Dr. Schielke (Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung – zu TOP 3.1)

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung – zu TOP 3.2 und 3.5)

Herr Hülsebeck (Fachbereich Feuerwehr – zu TOP 3.6 und 3.8)

Herr Butzmann (Bereich Friedhöfe)

Herr Jung (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung; Koordinator Krampnitz – zu  
TOP 3.9)

Herr Praetzel (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen – zu TOP 3.3 und 3.10)

Herr Kahle (Bereich Verkehrsentwicklung – zu TOP 3.7 und 3.11)

Herr Müller-Zinsius und Frau Rabbe (Pro Potsdam zu TOP 3.5)

Niederschrift:  
Frau Kropp

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 2.10.14 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 3.1 Pflicht zur Kennzeichnung und Kastration freilaufender Hauskatzen  
Vorlage: 14/SVV/0768

- 3.2      Bebauungsplan Nr. 45 "Karl-Marx-Straße", 8. Änderung, Teilbereich "ufernahe Baugrundstücke" Beschluss zur Erweiterung des Geltungsbereichs, Fortführung als Bebauungsplan Nr. 45 "Karl-Marx-Straße", 8. Änderung und Ergänzung, Teilbereich "ufernahe Baugrundstücke" sowie Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 14/SVV/0946  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff)
- 3.3      Fußgängerampel Rudolf Breitscheid Straße/ Oberlinhaus verlegen  
Vorlage: 14/SVV/0950  
Fraktion SPD
- 3.4      Satzung für die kommunalen Friedhöfe der Landeshauptstadt Potsdam (Friedhofssatzung)  
Vorlage: 14/SVV/0971  
FB Grün- und Verkehrsflächen  
betroffene OBR
- 3.5      Bebauungsplan Nr. 36-1 "Speicherstadt / Leipziger Straße", Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 14/SVV/0972  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff)
- 3.6      Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam (Erste Feuerwehrkostensatzung)  
Vorlage: 14/SVV/0975  
Oberbürgermeister, FB Feuerwehr  
FA
- 3.7      Kennzeichnung der Vorfahrtregelungen auf der Hegelallee  
Vorlage: 14/SVV/0899  
Fraktion CDU/ANW
- 3.8      Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam (Dritte Rettungsdienstgebührenänderungssatzung)  
Vorlage: 14/SVV/0990  
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, FB Feuerwehr  
FA

- 3.9            Entwicklungsbereich Krampnitz - 5. Sachstandsbericht bezgl. DS-Nr.:  
13/SVV/0253 und 13/SVV/0829  
Vorlage: 14/SVV/0814  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV  
(Mitteilungsvorlage)
- 3.10           Pflegezustand Entwässerungssysteme im ländlichen Raum  
Vorlage: 14/SVV/0856  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen  
OBR  
(Mitteilungsvorlage)
- 3.11           Maßnahmeplan Golm  
Vorlage: 14/SVV/0992  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV, KW, OBR Golm  
(Mitteilungsvorlage)
- 4                Mitteilungen der Verwaltung
- 5                Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1            Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2            Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 2.10.14 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 2.10.2014 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird einstimmig.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche. Der Tagesordnung wird zugestimmt.

### zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### zu 3.1 **Pflicht zur Kennzeichnung und Kastration freilaufender Hauskatzen**

**Vorlage: 14/SVV/0768**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Walter bringt folgende neue Fassung ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einführung einer Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Katzen zu prüfen. Das Angebot einer Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Katzen auf freiwilliger Basis z.B. mit Unterstützung eines Fonds, sollte ebenfalls in die Prüfung einbezogen werden.“

In der neuen Fassung ist das in der letzten Sitzung besprochene berücksichtigt worden.

Herr Dr. Schielke (Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung) macht nochmals aufmerksam, dass eine ordnungsbehördliche Verfügung mangels einer Gefahr durch freilebende unkastrierte Katzen in der Landeshauptstadt Potsdam und einer fehlenden Wirksamkeitsprognose rechtswidrig wäre und nicht umsetzbar sei. Die Prüfung ist bereits erfolgt. Auch die Notwendigkeit besteht nicht. Vor einigen Jahren gab es noch 400 frei lebende Katzen, im letzten Jahr aktuell 200 in 15 Pflegestellen. Damit besteht keine Gefahr, die eine Verordnung erforderlich macht. Es würde sich um eine ordnungsbehördliche Verordnung im Zuständigkeitsbereich der Landeshauptstadt Potsdam handeln, so dass allgemein bekannte mögliche Probleme anderenorts bei der Bewertung nicht herangezogen werden können.

Er schlägt vor, zwei Positionen zu verfestigen:

#### 1. Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit

Die Situation zu Fundkatzen ist aus Sicht des Verlierers und des Finders einer Katze weiter vertiefend zu kommunizieren. Zudem sind durch den Katzenhalter im Rahmen seiner Haltereigenschaften Möglichkeiten der unkontrollierten Fortpflanzungsverhinderung, der Kennzeichnung und Registrierung in Abstimmung mit dem behandelnden Tierarzt anzuregen. Vor Beginn einer Katzenhaltung sollte jeder zukünftige Tierhalter zu einer

kritischen Prüfung seines Vorhabens ermuntert werden.

Dazu wird derzeit ein Merkblatt erarbeitet und veröffentlicht.

2. Eine städtische Unterstützung bei der Kastration, Kennzeichnung und Registrierung von freilebenden im tierschutzlichen Ehrenamt versorgten Katzen ist vorbereitet. Derzeit wird der Umsetzungsrahmen abschließend geprüft.

Herr Rietz äußert, dass er den Erläuterungen von Herrn Dr. Schielke folgen könne. Eine freiwillige Pflicht, wie sie im Antragstext benannt wird, sei hingegen nicht möglich.

Herr Walter widerspricht Herrn Dr. Schielke. Viele andere Kommunen haben bereits eine Verordnung vollzogen. Er stellt den Antrag nochmals für eine Beratung in der Fraktion zurück und bittet die ausführlichen Ausführungen von Herrn Dr. Schielke als Anlage dem Protokoll beizufügen.

Herr Jäkel greift die Äußerung von Herrn Dr. Schielke auf, dass gemäß Tierschutzgesetz eine Kastration eine Gewebeentnahme darstellt und von daher nicht unreflektiert als alleinige Varianten der Populationsbegrenzung betrachtet werden sollte, und bittet in der Protokoll-Anlage auch zu erläutern, wann eine Kastration zu empfehlen ist.

Nachgereichte Anmerkung von Dr. Schielke:

Das Tierschutzgesetz verbietet grundsätzlich die Entfernung oder Zerstörung von Organen, was bei der Kastration bzw. der Sterilisation der Fall ist. Somit sollen zunächst im Tierschutzvollzug andere Möglichkeiten der Populationsbegrenzung abgewogen werden, ehe auf die Ausnahmemöglichkeit der operativen Behandlung zurückgegriffen wird. Insbesondere ist bei freilebenden verwilderten Katzen die Kastration zur Verhinderung der unkontrollierten Fortpflanzung das Mittel der Wahl, weil sich andere Möglichkeiten in der Praxis ausschließen. Dazu besteht allgemeiner gesellschaftlicher Konsens.

**zu 3.2      Bebauungsplan Nr. 45 "Karl-Marx-Straße", 8. Änderung, Teilbereich "ufernahe Baugrundstücke" Beschluss zur Erweiterung des Geltungsbereichs, Fortführung als Bebauungsplan Nr. 45 "Karl-Marx-Straße", 8. Änderung und Ergänzung, Teilbereich "ufernahe Baugrundstücke" sowie Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 14/SVV/0946**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff)

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) berichtet, dass die Vorlage im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr in der letzten Woche bereits mit 6/0/0 zur Beschlussfassung empfohlen worden ist und bringt die Vorlage ein.

Herr Wendt spricht die Bilanz der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an und hinterfragt den Widerspruch, nach dem der Spitzahorn in der Begründung zum Bebauungsplan als wuchshemmender Neophyt bezeichnet werde, der beseitigt werden könne, er jedoch in der Pflanzliste ausdrücklich aufgeführt sei.

Frau Holtkamp informiert, dass die naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen-Betrachtung sich ausschließlich auf Teilflächen im Ergänzungsbereich, also auf Flächen an der Wasserstraße erstreckt und bietet an, genauere Informationen zu Protokoll zu geben.

Zum Protokoll wird daher folgende ergänzende Information gegeben:

Entgegen der Bewertung des beauftragten Gutachters ist der Spitzahorn (*Acer platanoides*) nach Einschätzung der Unteren Naturschutzbehörde kein entfernenswerter Neophyt, so dass der Empfehlung des Gutachters zur Beseitigung nicht gefolgt wird. Dies wird in Absatz 6 auf Seite 115 der Begründung ausdrücklich dargestellt. Insofern besteht im Ergebnis der Planung auch kein Widerspruch zur Pflanzliste.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 45 "Karl-Marx-Straße", 8. Änderung, Teilbereich "ufernahe Baugrundstücke" ist entsprechend der Darstellung in der Anlage 2 zu erweitern. Das Planverfahren wird fortgeführt unter dem Titel: Bebauungsplan Nr. 45 "Karl-Marx-Straße", 8. Änderung **und Ergänzung**, Teilbereich "ufernahe Baugrundstücke".
2. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 45 "Karl-Marx-Straße", 8. Änderung und Ergänzung, Teilbereich "ufernahe Baugrundstücke" entschieden (siehe Anlagen 3A, 3B und 3C).
3. Der Bebauungsplan Nr. 45 "Karl-Marx-Straße", Teilbereich "ufernahe Baugrundstücke" wird in der Fassung der 8. Änderung und Ergänzung gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 4 und 5).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: **6**

Ablehnung: 0  
Stimmhaltung: 0

**zu 3.3 Fußgängerampel Rudolf Breitscheid Straße/ Oberlinhaus verlegen**  
**Vorlage: 14/SVV/0950**  
Fraktion SPD

Herr Piest informiert, dass zu diesem Sachverhalt gegenwärtig verschiedene Gespräche laufen und bittet den Antrag nochmals zurück zu stellen.

Herr Praetzel (Grün- und Verkehrsflächen) informiert, dass es dazu bereits Gespräche gegeben habe. Der Verwaltung liegt eine schriftliche Stellungnahme des Oberlinhauses vor, die sich gegen die Verlagerung der Ampel ausspricht. Der Standort sollte beibehalten werden.

Der Antrag wird zurück gestellt.

**zu 3.4 Satzung für die kommunalen Friedhöfe der Landeshauptstadt Potsdam (Friedhofssatzung)**  
**Vorlage: 14/SVV/0971**  
FB Grün- und Verkehrsflächen  
betroffene OBR

Herr Butzmann (Bereich Friedhöfe) bringt die Vorlage ein. Er informiert, dass mit der Einrichtung eines jüdischen Grabfeldes auf dem kommunalen Neuen Friedhof Potsdam die Voraussetzung für die Beisetzung von Bürgern jüdischen Glaubens geschaffen wurde. Mit der vorliegenden Satzung werden auch die rechtlichen Grundlagen dafür fixiert. So wurde neu der § 28, Vorschriften zu jüdischen Grabreihen auf dem neuen Friedhof Potsdam, eingeführt. Auf weitere Änderungen geht Herr Butzmann im Detail ein.

Mit dem ausgereichten Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion **„Die Friedhofssatzung wird im § 27 neu gefasst: § 27 Ehrengrabstätten**

- (1) Die Zuerkennung, Anlage und Unterhaltung von Ehrengrabstätten oder Ehrengrabfeldern bleibt im Einzelfall der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vorbehalten.
- (2) Die Ruhezeit für Ehrengräber oder Ehrengrabfelder ist unbegrenzt.

habe die Verwaltung kein Problem.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung.  
Abstimmungsergebnis: 6/0/0



Der Ausschussvorsitzende stellt die entsprechend geänderte Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung für die kommunalen Friedhöfe der Landeshauptstadt Potsdam  
(Friedhofssatzung)

**Mit folgender Änderung:**

**Die Friedhofssatzung wird im § 27 neu gefasst:**

#### **§ 27 Ehrengrabstätten**

- (1) Die Zuerkennung, Anlage und Unterhaltung von Ehrengrabstätten oder Ehrengrabfeldern bleibt im Einzelfall der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vorbehalten.
- (2) Die Ruhezeit für Ehrengräber oder Ehrengrabfelder ist unbegrenzt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

### **zu 3.5 Bebauungsplan Nr. 36-1 "Speicherstadt / Leipziger Straße", Abwägung und Satzungsbeschluss**

#### **Vorlage: 14/SVV/0972**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff)

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und informiert, dass die Vorlage federführend auch in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr überwiesen worden ist, wo sie in der kommenden Woche behandelt wird.

Herr Jäkel äußert Kritik am sogenannten Masterplan, welcher nicht zur Beschlussfassung vorgelegt worden ist. Insbesondere benennt er 3 Kritikpunkte

- Die Bebauung an der Kante zur Leipziger Straße ist zu dicht am Straßenbereich; damit sei keine Alleebepflanzung möglich
- Die Baudichte in der Summe wird als zu hoch empfunden, insbesondere im Kerngebiet.
- Der „grüne Durchblick“ wird mit Verweis auf die Sichtbeziehungen von

Brauhausberg zur Havel/grüne Wegebeziehung vermisst.

Zum letzteren Punkt verweist er auf die ablehnende Stellungnahme der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (sh. Seite 19 der Abwägungsvorschläge zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange). Herr Jäkel stellt dar, dass er die Abwägung der Verwaltung für ungenügend hält und ggf. einen Änderungsantrag vorbereiten wird.

Frau Holtkamp bestätigt, dass es zum Masterplan keine unmittelbare Beschlussfassung gegeben habe. Nach dem durchgeführten Hearing ist der Masterplan im Ausschuss vorgestellt worden. Aus dem Masterplan habe sich der Bebauungsplan entwickelt. Im Fachausschuss ist hierzu im Zusammenhang mit dem Auslegungsbeschluss die Übernahme des Masterplans festgestellt worden. Die einzige Abweichung bestand in der Vornahme der Korrespondenz zwischen der östlichen Kante und dem Bad.

Frau Holtkamp ergänzt, dass die von Herrn Jäkel angesprochenen Aspekte bereits im Zusammenhang mit dem Auslegungsbeschluss behandelt worden sind.

So ist die Bebauungskante zur Leipziger Straße aufgrund der Information, dass in der Mitte der Leipziger Straße eine dichte Baumpflanzung vorgesehen sei, bestätigt worden

Für die Bebauungsdichte verweist Frau Holtkamp auf die bereits mit dem Auslegungsbeschluss im Fachausschuss thematisierten städtebaulichen Gründe; insbesondere mit dem Kerngebiet soll ausdrücklich der Stadtraum zum „Leipziger Dreieck“ gefasst werden. Die Verwaltung hält daher die Dichte auch im Kerngebiet nach wie vor für angemessen.

Zum „grünen Durchblick“ verweist sie darauf, dass es zu den Bedenken der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten im Planverfahren intensive Abstimmungen zur Frage der Einbeziehung der Denkmalbelange gegeben habe. Die Sichtbezüge wurden intensiv diskutiert, und dabei auch die topographische Situation einbezogen. Dies sei im SB-Ausschuss im Februar beraten worden. Aus Sicht der Verwaltung stellt die Planung eine auch unter Würdigung der Denkmalbelange insgesamt stimmige, städtebaulich verträgliche Lösung dar.

Herr Walter erkundigt sich nach den Stellplätzen für die angedachte Gastronomienutzung.

Herr Müller-Zinsius (Pro Potsdam) informiert darüber, dass nach dem aktuellen Stand der Projekt Konkretisierung diese Stellplätze auf den seitlichen Flächen vorgesehen seien.

Herr Wendt spricht die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an. Auf Seite 79 ist hinsichtlich der öffentlichen Grünflächen in einer Größenordnung von rd. 5 Tm<sup>2</sup> eine Bepflanzung mit dichten Hecken aus heimischen Gehölzen angesprochen. Dies sieht er kritisch und fragt, wo die extensiven Wiesenflächen liegen.

Frau Rabbe (Pro Potsdam) äußert, dass mit den vorgesehenen Pflanzmaßnahmen sowohl beim Grünkeil, als auch im Bereich am Wasser, Akzente gesetzt werden sollen.

Bzgl. Herrn Jäkels Frage nach der Durchgrünung und der Blickbeziehung aus dem gegenüber liegenden Bebauungsplan „Brauhausberg“ unterbreitet Frau Holtkamp das Angebot, die Blickbeziehungen als Graphik zur Verfügung zu stellen und bei Bedarf im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr in der kommenden Woche vorzustellen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 36-1 "Speicherstadt / Leipziger Straße" entschieden (siehe Anlagen 3A und 3B).
2. Der Bebauungsplan Nr. 36-1 "Speicherstadt / Leipziger Straße" wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 4 und 5).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>4</b>
Ablehnung:	<b>2</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 3.6 Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam (Erste Feuerwehrkostensatzung)  
Vorlage: 14/SVV/0975  
Oberbürgermeister, FB Feuerwehr  
FA**

Herr Hülsebeck (Bereich Feuerwehr) bringt die Vorlage ein. Er informiert, dass der Finanzausschuss der Vorlage bereits einstimmig zugestimmt habe und geht auf die Rückfrage von Herrn Jäkel zum Einsatz und der Kostenbeteiligung in besonderen Situationen ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam (Erste Feuerwehrkostensatzung)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 3.7 Kennzeichnung der Vorfahrtregelungen auf der Hegelallee**  
**Vorlage: 14/SVV/0899**  
Fraktion CDU/ANW

Herr Prietz bringt den Antrag ein.

Herr Kahle (Bereich Verkehrsentwicklung) informiert, dass nach Auffassung der Verwaltung eine Prüfung für eine deutlichere Darstellung der Vorfahrtsregelungen in der Hegelallee nicht notwendig sei.

Der vorhandene abgesenkte Bordstein, der die Mittelpromenade zur Fahrbahn abgrenzt, ist gut erkennbar und nach Straßenverkehrsordnung ein eindeutiger Sachverhalt dafür, dass die Fahrzeuge auf der Straße die Vorfahrt haben. Für die Straßenbenutzer sind deshalb weitere Hinweise nicht notwendig.

Herr Kahle ergänzt, dass die jeweiligen Bereiche in der Hegelallee bisher nicht unfallauffällig sind. Auch aus dieser Sicht ergibt sich keine Handlungsnotwendigkeit.

Herr Kahle erinnert, dass es zu dieser Thematik eine ausführliche Diskussion im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gegeben habe.

Herr Zöller sieht als Nutzer nicht die Problematik.

Herr Jäkel unterstützt den Antrag der Fraktion CDU/ANW auf Prüfung, ob etwas verändert werden könne. Vorstellbar für ihn sei zum Beispiel durch ein Piktogramm auf der Fahrbahn aufmerksam zu machen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Vorfahrtsregelungen in den Kreuzungsbereichen auf dem Mittelstreifen in der Hegelallee deutlicher geregelt werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

**zu 3.8 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam (Dritte Rettungsdienstgebührenänderungssatzung)  
Vorlage: 14/SVV/0990**

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, FB Feuerwehr  
FA

Herr Hülsebeck (Bereich Feuerwehr) bringt die Vorlage ein. Er teilt mit, dass die Gebühren mit den Kostenträgern (Krankenkassen und Verbänden) abgestimmt worden sind.

Er ergänzt, dass mit dieser Satzung die Personalaufstockung bereits ab dem 1. Januar 2015 vorgesehen ist. Würde dazu keine Zustimmung erfolgen, dann müsse man diese bis zur Bestätigung des Haushaltes aufschieben.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam (Dritte Rettungsdienstgebührenänderungssatzung).
2. Der Stellenplan ist dahingehend zu ändern, dass alle zusätzlich geschaffenen Stellen aus dem Unterprodukt 1270000 und 1270100 mit Wirkung zum 01.01.2015 zu besetzen sind.
3. Der Stellenplan ist dahingehend zu ändern, dass im Unterprodukt 1270000 fünf weitere Stellen für die Aufstockung eines RTW ab dem 01.01.2015 von 12 auf 24 Stunden einzurichten sind.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 3.9      Entwicklungsbereich Krampnitz - 5. Sachstandsbericht bezgl. DS-Nr.:  
13/SVV/0253 und 13/SVV/0829**

**Vorlage: 14/SVV/0814**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Jung (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung; Koordinator Krampnitz) informiert über den aktuellen Stand (sh. hierzu zur Sitzung der STVV im Dezember 2014 vorbereiteter 6. Sachstandsbericht).

Unter Verweis auf die Berichterstattung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr in der vergangenen Woche teilt Herr Jung mit, dass es vorgesehen ist, zu folgenden Themen im Januar 2015 im SBV-Ausschuss zu informieren:

- zu den wesentlichen Fragen, die mit der Anbindung in Krampnitz verbunden sind, wie Stand der Planung der Vorzugstrasse der Straßenbahn
- über wesentliche Rahmenbedingungen zur Wettbewerbsauslobung

Auf die Frage von Herrn Walter bzgl. der parallelen Anpassung des Flächennutzungsplanes für das Entwicklungsgebiet Krampnitz informiert Herr Jung, dass die FNP-Anpassung nur für diesen Teilbereich erfolgen würde.

Das angesprochene Energiekonzept der Energie- und Wasserversorgung Potsdam liegt der Verwaltung bisher auch nur im Entwurf vor. Zu gegebener Zeit wird eine Information im KOUL-Ausschuss erfolgen.

Herr Jäkel geht auf die Normenkontrollklage der Bauern ein und bittet hier um nähere Informationen. Er spricht sich für das Finden einer Kompromisslösung im Interesse der Landwirtschaftsbetriebe aus und bittet auch hierzu im Januar im SBV-Ausschuss um entsprechende Information bzw. Vorschläge.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die MV 14/SVV/0814 zur Kenntnis.

**zu 3.10      Pflegezustand Entwässerungssysteme im ländlichen Raum**

**Vorlage: 14/SVV/0856**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen  
OBR  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Praetzel (FB Grün- und Verkehrsflächen) informiert über die Zuständigkeiten, die Frage der Einstufung der Pflegezustände von Schöpferwerksgräben und den Ursachen zur Vernässung (Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt).

Herr Praetzel ergänzt, dass es für die Verwaltung hilfreich wäre, wenn Problemfälle direkt an die Verwaltung herangetragen werden, dann könne die Grabenschau erfolgen, um zielgerichtete Fragen abarbeiten zu können.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die MV 14/SVV/0856 zur Kenntnis.

### **zu 3.11 Maßnahmeplan Golm**

#### **Vorlage: 14/SVV/0992**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV, KW, OBR Golm  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Kahle (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Vorlage ein und geht auf den Ursprung und die Verfahrensweise und das Ergebnis (Dokumentation von 118 Maßnahmen, einschl. Stellungnahme der Verwaltung) näher ein.

Herr Jäkel dankt für die umfangreiche Erarbeitung und äußert, dass er sich bzgl. der von der Verwaltung abgegebenen Stellungnahmen eine Rückkoppelung mit dem politischen Raum gewünscht hätte. Nachbesserungsbedarf bei den Stellungnahmen der Verwaltung sieht Herr Jäkel bei folgenden 3 Maßnahmen

- Maßnahme 3 – 11 Behinderungen auf der Kaiser-Friedrich-Straße beseitigen bzw. lösen  
Herr Jäkel hält Bushaldebuchten neben der Kaiser-Friedrich-Straße sehr wohl für geeignet, den Verkehrsfluss auf der engen Straße zu verflüssigen.
- Maßnahme 3 – 16 Enge auf dem Bahnsteig entschärfen (sollte innerhalb von 1-2 Jahren lösbar sein).  
Einzelne Strommaste stehen im Eingangsbereich der Bahnsteige und sind derart weiträumig umzäunt, dass gefährliche Engstellen für Reisende entstanden sind.
- Maßnahme 3 – 31 Nordanbindung aus dem B-Plan-Gebiet 129 schaffen

Herr Jäkel betont, dass die Mitteilungsvorlage auch in den Ortsbeirat Golm überwiesen worden ist und wird entsprechende Rückäußerungen abwarten. Auch ein Feedback aus der Politik wäre gut.

Herr Karl äußert zur Maßnahme 3- 16, dass die Enge aus den bestehenden Leitungen resultiere. Bzgl. der Maßnahme 3 – 11 verweist Herr Karl auf die gängige Richtlinie, in der empfohlen wird auf Bushaldebuchten zu verzichten.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die MV 14/SVV/0992 zur Kenntnis.

**zu 4      Mitteilungen der Verwaltung**

keine

**zu 5      Sonstiges**

keine